

1 EUROPA – DURCH DIE KRISE

2 MIT KLAREM FINANZPOLITISCHEN KOMPASS

3 UND OHNE SCHULDENUNION

4 ANTRAG DES MIT-BUNDESVERBANDES AN DEN 35. CDU-PARTEITAG AM 9./10.
5 SEPTEMBER 2022

6
7 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist eine zentrale Voraussetzung für solide Finanzen in
8 der Wirtschafts- und Währungsunion. Trotz grundlegender Reformen nach der Finanz- und
9 Staatsschuldenkrise 2011 hat er seine Erwartungen nicht erfüllen können. In vielen Euro-
10 Ländern ist in den Folgejahren die Staatsverschuldung trotz eines jahrelangen positiven
11 wirtschaftlichen Umfelds gestiegen. Obwohl es hunderte Verstöße gegen die
12 Schwellenwerte der Verschuldung gab, hat sich die EU-Kommission nie zu Sanktionen
13 durchringen können. Die Kommission agiert mehr politisch denn als Hüterin der Verträge.

14
15 Die wirtschaftlichen Verwerfungen der Covid-Pandemie erforderten im Frühjahr 2020 eine
16 Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitätspakts und damit die
17 Aussetzung der Schuldenkriterien, was den Mitgliedsstaaten seitdem mehr fiskalische
18 Möglichkeiten einräumt. Zudem gibt das schuldenbasierte Corona-
19 Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ den Ländern finanzielle
20 Handlungsmöglichkeiten in bislang einmaliger Größenordnung (750 Milliarden Euro).

21
22 Die durch Russlands Angriff auf die Ukraine verursachte Energiekrise und Unterbrechung
23 von Lieferketten verschärft den Handlungsdruck auf die Euroländer weiter. Hinzu kommen
24 die Inflationsentwicklung und die viel zu spät von der EZB eingeleiteten Zinserhöhungen.
25 Durch die jahrelange ultralockere EZB-Geldpolitik und Anleihekäufe, die einer indirekten
26 Staatsfinanzierung gleichkommen, hat sich gezeigt, dass billiges Geld und Anleiheaufkäufe
27 keine Konjunkturbelebung erreichen und den Eurokurs schwächen. Will man Vertrauen von
28 Investoren erlangen, braucht es zunächst Reformen in den Nationalstaaten, auf die die EU-
29 Kommission viel stärker pochen muss.

30
31 Die CDU Deutschland fordert für den Zusammenhalt Europas und der Eurozone

- 32
- 33 ● eine Reform und **Verschlinkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts** auf wenige
34 Grundregeln und einen an die BIP-Entwicklung angelehnte
35 Begrenzungsmechanismus für Ausgaben und Staatsverschuldung;
 - 36 ● eine Verschlinkung des **Europäischen Semesterprozesses**, der sich auf
37 weniger, aber **verbindlichere Vorgaben** konzentriert und insbesondere auf
38 den Abbau struktureller makroökonomischer Ungleichgewichte abzielt;
 - 39 ● eine effektive **Haushaltsüberwachung der Mitgliedstaaten** anstelle der EU-
40 Kommission **durch eine unabhängige Instanz**. Das bestehende „European
41 Fiscal Board“ sollte dazu aufgewertet werden und ein Vorschlagsrecht für
42 Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen gegen Schuldenregeln erhalten.

- 43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
- von der EU-Kommission ein „**Nachkrisen-Aktionsprogramm**“ mit Ziel der uneingeschränkten Wiedereinführung der Schulden- und Stabilitätskriterien unter Beibehaltung der Verschuldungsgrenzen;
 - dass die Vergabe der Gelder aus dem **Corona-Wiederaufbauprogramm transparenter** erfolgt, nachweislich mit Reformen in den Mitgliedstaaten verbunden sein muss und die entsprechende Verschuldung auf das Schuldenniveau der Mitgliedstaaten angerechnet und sichtbar wird, wofür die EU-Kommission verbindlicher Sorge zu tragen hat;
 - dass der **Corona-Wiederaufbaufonds keine Blaupause für zukünftige „Fazilitäten“** auf der Basis von EU-Anleihen mit anteiliger Haftung der EU-Mitgliedsstaaten darstellt;
 - dass die EU den **Wiederaufbau der Ukraine** an Reformen knüpft und gemeinschaftlich mit dem Verbund der G20-Staaten und der Weltbank angeht, wobei auch Energie- und Rohstoffpartnerschaften mit dem Land und privates Kapital eine wichtige Rolle spielen müssen;
 - eine **Rückkehr der EZB zu ihrem geldpolitischen Auftrag**. Das neue EZB-Aufkaufprogramm „TPI“, mit dem sie die Differenzen (Spreads) hoch verschuldeter EU-Länder gegenüber Bundesanleihen durch den Kauf von Anleihen der Krisenländer begrenzt, ist eine indirekte Staatsfinanzierung. Das steht gegen die Europäischen Verträge, wirkt reformbehindernd und gibt Raum für Spekulationsgeschäfte. Wir lehnen das neue EZB-Kaufprogramm ab und fordern den Einsatz der an klare Vorbedingungen geknüpften Instrumente wie den bewährten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Einsatz eines klar konditionierten OMT-Programms.